

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 44. Ratssitzung vom 3. April 2019

### 1101. 2018/284

#### **Interpellation von Matthias Probst (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 11.07.2018:**

#### **Umsetzung des Klimaabkommens von Paris in Zürich, Positionierung des Stadtrats zum 2-Grad-Ziel, Grundlagen und Massnahmen für die Erreichung des Ziels in der Stadt und den einzelnen Dienstabteilungen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1 vom 9. Januar 2019).

*Matthias Probst (Grüne) nimmt Stellung: Wir wollten beim Stadtrat erfragen, inwiefern sich Zürich bereits auf das Pariser Klimaabkommen ausgerichtet hat. Wir glauben zwar, dass eine Schriftliche Anfrage zum selben Ergebnis kommen würde, hier aber Diskussionsbedarf besteht. Unser Verdacht bestätigte sich, dass Zürich nicht auf die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens vorbereitet ist und sich auch nicht darauf vorbereitet. Der aktuelle Stand in der Stadt, wenn der Ausstoss durch den Konsum berechnet wird, liegt im Schnitt bei 11 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Person und pro Jahr. Das sind 8000 Watt Dauerleistung pro Person. Das ist auch im globalen Vergleich ein sehr hoher Wert. Zürich ist eine der reichsten Städte und hat das Know-how und trotzdem haben wir einen der höchsten CO<sub>2</sub>-Austosswerte weltweit und sind nicht auf Kurs. Wenn es nicht mal Zürich schafft, sich auf Kurs zu bringen, wie sollen wir dann von den anderen erwarten, vorwärts zu machen? Zürich hat sich selbst das Ziel gesetzt, 1 Tonne CO<sub>2</sub> bis 2050 und 2000 Watt im Namen der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, was ein Suffizienzziel ist. In Paris wurde das 1,5 Grad-Ziel definiert und man kam zum Schluss, dass wir bis 2050 auf null Tonnen Emissionen – und nicht auf einer Tonne wie wir das beschlossen haben – reduzieren müssen. Länder, die wie wir ihre Emissionen auslagern, müssen natürlich früher reduzieren. Das neue Ziel der Stadt soll deshalb Netto Null bis 2030 sein. Wir fragten den Stadtrat unter anderem, ob er sich überhaupt bewusst ist, dass wir für die Umsetzung des Klimaabkommens in 20 bis 25 Jahren auf 0 Tonnen reduzieren müssen. Der Stadtrat antwortete, dass er sich dessen bewusst ist, aber bisher einen anderen Auftrag hatte und verwies auf verschiedene Städte, die ihr Ziel bereits anpassten. In der Antwort zu Frage 8, in der wir nach der Ausrichtung der einzelnen Werke und Dienstabteilungen fragten, hiess es, dass es bereits einige Instrumente gebe, wie beispielsweise den Masterplan Energie oder die Energiezone, die bald in Kraft gesetzt werden sollten. Bei den städtischen Bauten ist ein Plan vorhanden, er ist aber viel zu langsam und nicht Paris-tauglich. In den städtischen Institutionen ist 100 Prozent Ökostrom in Betrieb; das ist bedingt Paris-tauglich. Bei der Mobilität der Dienstabteilungen ist das Ziel, 30 Prozent alternative Antriebsformen bis 2020 zu nutzen. Das ist nicht Paris-tauglich. Der Stadtverkehr 2025 mit konstantem MIV ist definitiv nicht Paris-tauglich. Bei Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) wird eine dritte Ofenlinie gebaut, um weniger als 15 Prozent in der fossilen Fernwärme zu haben – das ist leider nicht Paris-tauglich. Im Elektrizitätswerk der Stadt (ewz) sollen nur noch erneuerbare Energien verkauft werden, was Paris-tauglich ist. Bei den Energiedienstleistungen erhält man allerdings nur 75 Prozent lang-*

*fristig auf erneuerbare Energien, was nicht Paris-tauglich ist. Ich erwähne diese Werke, weil es kein Ziel gibt, dies zu ändern. Bei der Wasserversorgung Zürich gibt es keine Klimastrategie – auch das ist nicht Paris-tauglich. Die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) beziehen nur erneuerbarer Strom, der 80 Prozent der Flotte ausmacht. Auch sollen bis 2030 Dieselmotoren elektrisch werden; das ist fast Paris-tauglich. Die Immobilien Stadt Zürich (IMMO) und die Liegenschaftenverwaltung sind viel zu langsam unterwegs, auch wenn sie viele Zwischenziele haben. Sie sind aber nicht Paris-tauglich. Die Organisation und Informatik (OIZ) hat keine Klimastrategie, führt aber einzelne Massnahmen durch. Sie ist aber auch nicht Paris-tauglich. Spitäler haben keine ersichtliche Klimastrategie, auch wenn hier einiges unternommen werden könnte – also auch nicht Paris-tauglich. Gesundheit ist ein sehr wichtiger Faktor, wenn es um die Umweltbelastung geht. Zehn Prozent der Emissionen entstehen im Gesundheitssektor. Die Erdgasversorgung hat als Klimaziel, dass sie als letzte Wahl Erdgas verkauft, während sie gleichzeitig ihre Fahrzeugflotte auf Erdgas umstellt. Das ist absolut lächerlich und definitiv nicht Paris-tauglich. Wir werden bei jedem der einzelnen Dienstabteilungen in den nächsten Jahren sehr genau hinsehen und viele Anträge stellen. Wir wollen als erstes die Motion mit dem neuen Ziel 2030 Netto Null überweisen und in die Gemeindeordnung übernehmen. Es wird eine Volksabstimmung dazu geben und ich gehe davon aus, dass dann alle Dienstabteilungen und Werke ihre Strategie anpassen müssen. Uns bleiben zehn Jahre für die Umsetzung und wir haben keine Zeit, länger zu diskutieren. Zürich hat eine lokale, kommunale und globale Verantwortung. Wir müssen die entsprechenden Massnahmen einleiten und uns auf eine CO<sub>2</sub>-neutrale Wirtschaft vorbereiten. Es wird noch vieles passieren müssen. Die Diskussion wurde noch zu wenig intensiv geführt und ich bin froh, dass insbesondere auch durch Druck von der Strasse Bewegung in unser Parlament kommt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Balsiger (SVP):** *Die Welt wird 2030 nicht untergehen. Sie ziehen ein interessantes Thema völlig ins Lächerliche. Die Grünen haben einen kurzfristigen Erfolg, aber argumentieren nicht auf der Basis der Realität. Da in der Schweiz kaum je etwas passiert, sind die minimalen Verschiebungen in den Parlamenten für Journalisten sehr interessant. Wenn Sie in der grünen Welle aber weiterhin so argumentieren, wie dies Matthias Probst (Grüne) eben tat, werden die Grünen in vier Jahren wieder verlieren. Kein Mensch glaubt Ihnen, dass 2030 oder 2035 die Welt untergehen wird. Ich bin eigentlich froh, dass Sie sich immer mehr radikalisieren und den inneren Kern Ihrer Politik herauschälen. Ich hatte mehr Angst vor Ihnen, als sie nett klangen, im Kern aber eine andere Politik machten. Damals war den Menschen nicht klar, welche Gefahr von der rot-grünen Politik ausgeht. Jetzt zeigen Sie wie radikal und ablehnend Sie sind. Netto Null macht bei Ihrer Prognose sowieso keinen Sinn; Sie müssten für Brutto Null eintreten. Sagen Sie der Bevölkerung, dass Sie eine totale Einschränkung der Wirtschaft, des Konsums, der Flugreisen und Freiheiten und eine Abschaffung des Wohlstands anpeilen. Wenn Sie sich radikalisieren, verstehen die Menschen, dass Ihr Weg kein gangbarer ist. Je schneller Sie sich radikalisieren, desto eher kommt der Niedergang der rot-grünen Politik und desto geringeren Schaden können Sie in der Zwischenzeit anrichten.*

**Barbara Wiesmann (SP):** *Es ist gut, dass die Stadt in allen Departementen Massnahmen aufzeigen kann, die die Bekämpfung des Klimawandels betreffen. Die Schweiz und Zürich stehen in einer besonderen Verantwortung, weil unser CO<sub>2</sub>-Ausstoss weit über dem Durchschnitt liegt. Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort auf, dass bereits sehr vieles geschehen ist und man das Potential und die Möglichkeiten auf städtischer Ebene ausschöpfen will. Es ist begrüßenswert, dass weder Senkungen, noch eine Kompensation im Ausland eine Option sind. Wir müssen unsere Verantwortung im Hier und Jetzt wahrnehmen und können uns nicht – wie das im nationalen Parlament der Fall war – mit Emissionsrecht und Minderungszertifikaten freikaufen. Man stösst in der Antwort aber leider immer wieder auf Einschränkungen aufgrund von Vorgaben und Gesetzen auf nationaler und kantonaler Ebene. Es ist frustrierend, dass uns hier Grenzen gesetzt sind und wir auf den Bund und den Kanton angewiesen sind, um den Klimawandel anzugehen. Wir müssen einen Zacken zulegen, um die Pariser Ziele zu erreichen. Deshalb reichten wir diese Motion ein. Leider haben trotz Klimastreik und Medienpräsenz noch nicht alle die Auswirkungen des Klimawandels verstanden. Die jetzigen Massnahmen werden nicht reichen, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als das Potential auf städtischer Ebene auszuschöpfen. Zürich muss eine Vorreiterrolle übernehmen und weitere Massnahmen einleiten.*

**Elisabeth Schoch (FDP):** *Erfolgreiche Politik funktioniert genau so wie Sie das heute machen. Laut Ihnen stehen wir direkt vor dem Abgrund und müssen unbedingt handeln. Sie behaupten, Sie seien dabei die einzigen, die eine Lösung haben. Wir haben seit Jahren einen rot-grünen Stadtrat und ein rot-grünes Parlament und trotzdem gelang es uns nicht, eine 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen – wir sind ja laut Ihnen noch nicht mal auf dem Weg dazu. Weshalb sollen wir neue und höhere Ziele in die Gemeindeordnung schreiben, wenn wir noch nicht einmal die jetzigen erreichen? Auch ein Klimanotstand ist rein populistisch. Ich kann keine konkreten Massnahmen erkennen. Selbst im «Tages-Anzeiger» steht: «Auf Massnahmen haben Sie sich bisher noch nicht geeinigt.» Es ist sehr einfach, sich Ziele zu setzen, ohne zu wissen, wie man sie erreichen kann. Auch die FDP fände es schön, wenn wir bis 2030 ohne CO<sub>2</sub>-Verbrauch leben könnten. Wir sind aber realistisch und wissen, was das bedeuten würde: die Abschaffung des Wohlstands. Ich bitte Sie deshalb, Massnahmen und nicht einfach neue unrealistische Ziele vorzustellen.*

**Andrea Leitner Verhoeven (AL):** *Angesichts der Grösse des Problems, mit dem wir konfrontiert sind, bin auch ich nur ein hilfloses Individuum. Man kann natürlich auch einfach abstreiten, dass es überhaupt ein Problem gibt. Wir müssen aufhören, ideologisch zu denken. Das sag ich als faule Person, die in einem wohlhabenden Land und nicht klimasündenfrei lebt. Ich sehe es aber nicht ganz so schlimm wie Matthias Probst (Grüne) und wir finden, es werden in der Stadt viele Anstrengungen geleistet und Massnahmen getroffen. Die Antwort des Stadtrats ist ehrlich und er sagt, dass nicht genügend gemacht wird. Wir müssten alle zusammenarbeiten; die Wirtschaft, die Privaten und die Individuen müssten mehr machen und der Kanton und der Bund müssen mitmachen. Es braucht eine Gesetzgebung im Gebäudebereich und eine CO<sub>2</sub>-Besteuerung von Treibstoff. Auf Stadtebene liegt vieles in unserer Hand; in der Wärmeversorgung verlangen wir einen konsequenten Ersatz von Erdgas und Erdwärme. 84 Prozent der privaten*

Hauseigentümerschaften ersetzen ihre alte Ölheizung mit einer neuen Ölheizung. Die Stadt hat hier ein Förderprogramm eingeführt, dass 2020 bereits wieder ausläuft. Es braucht langfristige Versuche, wie man Veränderungen herbeiführen kann. Wir lesen aus der Antwort, dass alle Abteilungen der Stadt etwas tun und dass man sich im heutigen System stark auf den Goodwill der Privaten und der Wirtschaft verlassen muss. Daran muss sich etwas ändern. Ziele können zudem nur erreicht werden, wenn der Bund und der Kanton ebenfalls die nötigen Massnahmen ergreifen. Der Bericht über eine klimafreundliche Zukunft von swisscleantech, der auch Massnahmen beinhaltet, macht teilweise Hoffnung, zeigt aber auch, dass wir vorwärts machen müssen. Die Auslegung und die Ziele sind vorhanden; wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern schneller ins Rollen bringen. Die zwei wichtigsten Bereiche für die Reduktion von CO<sub>2</sub> sind bei uns auf lokaler Ebene die Gebäude und der Verkehr. Bei beidem lässt sich auf kommunaler Ebene Einfluss nehmen. Dabei leisten wir einerseits einen globalen Beitrag und andererseits etwas für das Stadtklima. Im Vergleich zu vielen EU-Ländern hinkt die Schweiz in diesen Bereichen durch unseren einzigartig hohen Heizölverbrauch bei den Gebäuden hinterher. Andere Länder verliessen den Weg der fossilen Brennstoffe bereits in den 90er-Jahren. Beim Verkehr sind wir durch unser Bedürfnis, alleine in einem grossen Auto zu sitzen, schlechter positioniert als Italien. Alles was wir jetzt unterlassen, wird uns in wenigen Jahren viel mehr kosten. Wenn wir zuwarten, braucht es in der Schweiz in Zukunft Massnahmen zur Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre.

**Michael Schmid (FDP):** Am spannendsten sind die Fragen 6 und 7 in der Interpellation von 9. Januar 2019: «Ist sich der Stadtrat bewusst, dass wir zur Umsetzung von Paris in den Dienstleistungsländern den CO<sub>2</sub>- Ausstoss pro Person und Jahr in 20 bis 25 Jahren auf 0 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Person und Jahr reduzieren müssen? Was gedenkt der Stadtrat zu tun, um das Tempo dieser Reduktion in den nächsten 20 bis 25 Jahren massiv zu erhöhen?» Heute geht Matthias Probst (Grüne) jede Dienstabteilung des Stadtrats durch und beurteilt, ob sie Paris-tauglich ist oder nicht. Nach neuester rot-grüner Lesart ist das neue Ziel das Netto-Null-Ziel bis 2030. In Abs. 4 Art. 1 des Pariser Klimaabkommens steht aber tatsächlich, anzustreben sei Netto Null in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts. Paris gibt einen Horizont von 20 bis 24 Jahren vor. Den haben Sie interessanterweise in den letzten Wochen über Bord geworfen. Wir haben das Ziel in der Gemeindeordnung, 2000 Watt und eine Tonne CO<sub>2</sub> bis 2050. Sie sagen, es sei nichts passiert. In der Schweiz waren die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudebereich 1990 aber noch bei 17 Millionen Tonnen, 2016 bereits nur noch bei 13 Millionen Tonnen und das trotz grösserem Flächenverbrauch. Der CO<sub>2</sub>-Verbrauch in der Industrie lag 1990 noch bei 13 Millionen Tonnen und 2016 bei 10,9 Millionen Tonnen. Es kann also niemand behaupten, es sei nichts geschehen. Der Fraktionspräsident der Grünen wird im «Tages-Anzeiger» zitiert, es sei noch nichts gemacht worden, was weh tue. Sie meinen also, man rette das Klima mit Massnahmen, die schmerzen müssen. Es wird in Zukunft nicht um die Frage «Klimaschutz: Ja oder Nein» gehen, sondern um Klimaschutz mit linksgrünen Rezepten oder mit freisinnigen, freiheitlichen Rezepten. In den USA sieht man auf der einen Seite grüne Neosozialisten und auf der anderen Seite Donald Trump. Glauben Sie, dass diese Situation die Klimaproblematik lösen wird? Wir müssen konsequent auf Innovation, Verantwortung und Freiheit setzen.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Matthias Probst (Grüne) brachte es fertig, den Katechismus des Pariser Klimaabkommens fast religiös zu beten. Fast alles was der rot-grüne Stadtrat bereits macht, wird als nicht Paris-tauglich eingestuft. Wenn nun noch mehr gefordert wird, gelangen wir langsam in einen radikalen Fundamentalismus. Es konzentriert sich hierzulande alles auf den Verzicht; es soll schmerzen und man soll ein schlechtes Gewissen bekommen. Das Problem ist aber ein weltweites und nicht eines von Zürich oder der Schweiz. China allein ist verantwortlich für über einen Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit. China kümmert sich aber nicht um Paris, sondern will die eigene Wirtschaft stärken und den eigenen Machtbereich ausweiten. Wenn wir schon in Zürich beginnen, unsere Wirtschaft zu schwächen, gelangen wir in ein massives Hintertreffen und das führt längerfristig dazu, dass China das Sagen auf der Welt hat.

**Markus Kunz (Grüne):** Die Welt geht tatsächlich unter; physisch beispielsweise bei den Südseeinseln, die im Meer untergehen. Es ist ein Fakt, dass viele Menschen an den Küsten leben und auch dort wird die Welt untergehen. Bei uns geht sie im Moment am wenigsten unter und uns geht es immer noch gut. Ich verstehe die Sorge um unseren Wohlstand nicht. Ist es für Sie Wohlstand, wenn wir jährlich 250 Kilo Lebensmittel weg-schmeissen können und tausende von Tieren töten, die wir nicht einmal essen? Ich denke, dass wir den Begriff von Wohlstand sicher nochmals aushandeln müssen. Das Pariser Klimaabkommen ist ein weltweites Abkommen. Man musste einen Kompromiss finden und hat deshalb Jahreszahlen vermieden. Die Schweiz sollte 2038 auf Netto Null sein, in unserer Motion schlagen wir 2030 vor – die Jahreszahl ist aber sekundär. Es geht um das Commitment, eine gemeinsame Zielsetzung und ganz offensichtlich um eine Änderung in der Haltung. Man versucht eine Zielsetzung anzustreben, was nicht immer gleich sofort gelingt. Aber man muss einen gewissen Effekt feststellen können. Wir haben den gewünschten Effekt schlicht noch nicht. Es ist nicht nur ein individuelles Problem, sondern auch ein gesellschaftliches. Deshalb sprechen wir es politisch an. Wir können keine Ausweichmanöver mehr machen. Es wird auch schmerzen, wenn wir nichts ändern.

**Dr. Davy Graf (SP):** Man kann hier das Ausspielen von den verschiedenen Ebenen beobachten. Wenn ein lokales Parlament konkrete Massnahmen umsetzen möchte – wie ein Fernwärmenetz, um dezentral heizen zu können – ist es der SVP zu teuer. Die FDP will innovativ sein und nicht regulieren und dem Markt einen gewissen Spielraum lassen. Gleichzeitig schießt sie in Bundesbern das CO<sub>2</sub>-Gesetz ab. Es ist Ihnen nie recht; die Massnahmen der übergeordneten Ebenen fehlen, aber auf dieser Ebene wollen Sie nichts ändern. Wenn wir dann etwas unternehmen wollen, heisst es von oben, es sei nicht in unserer Kompetenz. Zürich hat die Voraussetzungen, ein solches Klimaziel zu erreichen und deshalb müssen wir diese Verantwortung auch tragen. Die übergeordneten Ebenen müssen uns den Spielraum geben, diese Massnahmen umzusetzen.

**Walter Angst (AL):** Die Interpellation der Grünen wurde im August 2018 eingereicht. Der Stadtrat beantwortete sie am 9. Januar. Danach gab es die Klimademos. Man sass dann zusammen und machte aus, dass man eine Motion zur Anpassung der Ziele in der Gemeindeordnung an die neuen Herausforderungen einreicht. Man liess dem Stadtrat viel Spielraum, einen Vorschlag zu machen, der mehrheitsfähig ist, aber die richtige

*Richtung aufzeigt. Es ist unbestritten, dass man etwas unternehmen muss. Ich glaube nicht, dass es schmerzen muss. Es wird aber weh tun, wenn wir nichts unternehmen. Man muss den Menschen nicht diktatorisch vorschreiben, was sie essen sollen, aber man muss die Infrastruktur so umbauen, dass sie eher mit dem Fahrrad fahren als mit einer Riesenkarosse. Es gibt auch Traktanden, die man bis anhin noch gar nicht abgearbeitet hat. So wurde noch nicht entschieden, ob Zürich die Strategie weiterfahren soll, immer mehr Arbeitsplätze und Pendler hierher zu holen oder ob man mit der Richtplanung ein Angebot an Wohnungen schafft, sodass Arbeitsplatz und Wohnort näher zusammengebracht werden können. Es mangelt uns nicht an zukunftsgerichteten Vorschlägen, mit denen wir einen Beitrag leisten und den Beginn eines Wechsels einleiten können. Die Antwort auf die Interpellation sagt, dass man die Massnahmenpläne für die einzelnen Departemente überprüfen muss. Zürich kann nicht morgen beschliessen, dass kein Hauseigentümer mehr mit Öl heizen darf. Auch Lenkungsabgaben kann Zürich keine beschliessen. Aber wir können mit konkreten Massnahmen beschleunigen, was auf der Strasse gefordert wird.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Es bestreitet niemand, dass der Klimawandel real ist. Aber Sie sprechen hier von Weltuntergang bis 2030 und bringen Hysterie in die Diskussion. Es streitet auch niemand ab, dass wir vermutlich hart mit den Folgen des Klimas konfrontiert werden. Es geht aber um unseren Einfluss auf die Veränderung und was wir bereit sind, an Wohlstand abzugeben. Bevor wir aber hysterisch werden, sollten wir zuerst den Einfluss auf die bestehende Veränderung klären. Danach können wir darüber diskutieren, was wir bereit sind, abzugeben. Das ist ein logisches Vorgehen. Offenbar ist das Klima die neue Ersatzreligion. Vor kurzem stand im Titel einer Medienmitteilung der Stadt Zürich «Die aktuelle 2000-Watt-Bilanz der Stadt Zürich fällt durchmischte aus.» Nicht einmal die 2000-Watt-Utopie, die Sie den Menschen versprochen haben, können Sie einhalten. Aber Sie fantasieren bereits von Netto Null und morgen dann von Brutto Null. Im Text schreibt die Stadt, dass sich der Verbrauch seit 1990 um 1300 Watt verringert habe. Die Stadt geht in ihrer Berechnung nicht von 2008 – der Annahme der 2000-Watt-Gesellschaft – aus, sondern von 1990. Es ist aber jedem klar, dass es seit 1990 einen enormen technologischen und industriellen Fortschritt gab. Das hat nichts mit der Politik zu tun, sondern mit der Forschung und der Entwicklung, die uns einen unvergleichbaren Lebensstandard ermöglichen. In der westlichen Welt wurde durch Forschung, Wissenschaft und Entwicklung ein Standard erreicht, den wir so noch nie erlebten. Die Stadt schreibt selbst, dass keine politischen Faktoren den Fortschritt im Umweltschutz ermöglichen, sondern dass der Fortschritt aus der Forschung kommt. In Ihrem Grössenwahn gehen Sie davon aus, dass Zürich die globale Macht ist, um den Klimawandel zu beheben – als ob andere Industrienationen nicht die Forschung und Wissenschaft hätten, etwas zu erreichen. 1990 gab es 5,3 Milliarden Menschen auf der Welt, 2030 werden es 8,4 Milliarden Menschen sein. Wenn immer mehr Menschen in die Schweiz einwandern, wird das das Klima nicht verbessern.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

7 / 7

**STR Andreas Hauri:** *Der Klimaschutz ist für den Stadtrat ein sehr wichtiges Thema und steht regelmässig auf der Traktandenliste. Die Stadt setzt sich seit Jahren dafür ein, dass der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen auf dem Stadtgebiet rückläufig sind. Das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft der Stadt ist ambitionierter als die Ziele des Bundes oder des Kantons. Es wurde auch schon einiges erreicht. Der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen sind insgesamt rückläufig. Es wird schwierig und verlangt weitere zusätzliche Massnahmen, damit wir die eigenen Ziele und die von Paris erreichen können. Der Stadtrat nimmt das Anliegen, aber auch die Entwicklungen, die diesbezüglich geschehen, ernst. Die entsprechenden Massnahmen für das Pariser Abkommen müssen jetzt überprüft werden. Es ist klar, dass wir nicht alleine die Null Tonnen erreichen können; Bund, Kanton, Wirtschaft und die Bevölkerung müssen auch mitmachen. Die ganze Heizungsersatzthematik, die Wärmeverbunde und die Beschaffung der Güter und der Verkehr sind die grössten Hebel, an denen wir ansetzen können. Die Klimapetition wird in Kürze von unserer Seite beantwortet werden und der Stadtrat ist gewillt, entsprechend zu reagieren.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat